

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilh. Meyerhoff. Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannkuch u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Gr. Mühlgr. 3, Bernspr. 1567. Redaktion und Druckerei: Gr. Mühlgr. 3, Bernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 941.

Prünumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Buchhändlern 2.25 inkl. Postgebühren. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die 10-spaltige Zeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Restamtteil Zeile 50 Pf. Post-Belegkarte Seite 42.

Nr. 137.

Magdeburg, Mittwoch den 16. Juni 1909.

20. Jahrgang.

Die Steuervorschläge der Regierung.

Es hat etwas lange gedauert, bis die Ersatzvorschläge der Regierung, die der Reichskanzler vor Ostern für die „nächsten Tage“ angekündigt hatte, das Licht der Welt erblickten. Nun liegen sie endlich dem wieder zusammengetretenen Reichstag vor, und der Streit um die Reichsfinanzreform tritt damit voraussichtlich in sein letztes Stadium.

Allerdings wird man sich normalerweise darauf gefaßt machen müssen, daß bis zur endgültigen Entscheidung noch einige Zeit vergehen wird. In vierzehn Tagen, wie es die Konservativen wollen, wird das Geschäft nicht zu erledigen sein, wenn sein Abschluß nicht zum öffentlichen Skandal werden soll. Nicht nur, daß die in der Kommission bereits erledigten Entwürfe zum Teil zur Entscheidung noch gar nicht reif sind; jetzt liegen uns auch noch neue Steuervorschläge der Regierung vor, deren Ertrag auf 140 Millionen geschätzt wird. Man kann aus prinzipiellen Gründen schnell sein in der Verwerfung solcher Vorschläge, man kann aber nicht ebenso rasch entschlossen sein in ihrer Annahme. Vielmehr werden die Parteien, die überhaupt daran denken, die Vorschläge der Regierung zu akzeptieren, wofür sie sich nicht dem Vorwurf unerhörter Leichtfertigkeit aussetzen wollen, die Entwürfe erst gründlich prüfen müssen.

Gewiß, die Frage der Finanzreform ist alt, aber die Vorschläge der Regierung sind neu, und die Gesetzgebung eines großen Reiches kann nicht nach dem Grundgesetz arbeiten: Dreimal täglich frische Semmeln.

Unter den Vorschlägen der Regierung ist nur einer, dessen Schicksal heute schon entschieden zu sein scheint, und das ist bezweifelnderweise die lange spannungsvoll erwartete Erbschaftsteuer. Sie wird voraussichtlich abgelehnt werden, weil die Konservativen für sie nicht zu haben sind. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt sie für „unannehmbar“. Die „Kreuzzeitung“ nennt sie eine „verlorne Sache“ und zeigt sich höchlichst befriedigt, daß von ihr nicht mehr als von einer „Conditio sine qua non“, einer unerlässlichen Bedingung der ganzen Reform die Rede ist. Die Konservativen rechnen also bestimmt damit, daß die Erbschaftsteuer eingescharrt und die Reichsfinanzreform ohne sie gemacht wird. Es ist auch außerordentlich fraglich, ob der Entwurf in der Gestalt, die er jetzt unter den Händen der Regierung angenommen hat, ein besseres Schicksal verdient.

Das Prinzip der Nachlasssteuer, wonach das ganze ungeteilte Erbe, sofern es den Wert von 20 000 Mark übersteigt, der Besteuerung unterliegen sollte, ist aufgegeben. An seine Stelle tritt eine außerordentlich niedrige Besteuerung der einzelnen Erbschaften an die Ehegatten und Kinder beginnend bei einer Höhe des Erbschafts von 10 000 Mark und einer Höhe des Gesamtnachlasses von 20 000 Mark. Zugleich werden aber alle Vergünstigungen für den ländlichen Grundbesitz, die der Nachlasssteuerentwurf enthielt, aufrechterhalten.

Eine weitere Erleichterung der Steuerlasten für die besitzenden Klassen wird gewährt, indem — national-liberalen Wünschen entsprechend — die Freilassung des Gattenerbes in beerbter Ehe vorgeschlagen wird. Wenn ein Mann seiner Frau oder eine Frau ihrem Mann ein Vermögen hinterläßt, so soll dieses nur besteuert werden, wenn die Ehe kinderlos geblieben ist. Sind Kinder vorhanden, wird die Steuer erst erhoben, wenn sie nach dem verwitweten Ehemann das Erbe antreten. Es ist klar, daß auf diese Weise große Steuereinnahmen verloren gehen. Wären die vorgesehenen Steuerätze sehr hoch, dann könnte man allenfalls zugeben, daß eine gewisse Härte darin liegt, wenn von einer Erbschaft vielleicht binnen sehr kurzer Zeit zweimal Steuer gezahlt werden soll: einmal beim Tode des einen Gatten von dem überlebenden, und das andre Mal beim Tode des Witwers oder der Witwe von den Kindern. Ausländische Gesetzgebungen mit hohen Steuerätzen verfügen, daß die Erbschaft in der direkten Linie nicht besteuert werden soll, wenn binnen einer bestimmten Maximalfrist doppelter Erbübergang eintritt. Der Entwurf der Regierung geht darüber weit hinaus, obwohl seine Steuerätze hinter denen des Auslandes so weit zurückbleiben, daß die doppelte Besteuerung binnen kurzer Zeit noch nicht an den Satz heraustritt, der anderswo bei einmaligem Erbübergang zu bezahlen ist.

Während man die breiten Massen mit Skorpionen züchtigt — „über die Arbeiterfrage wird man hinweg kommen“, tröstete Herr Sydow bei der Beratung der Tabaksteuer —, weiß man sich gar nicht genug zu tun in zarter Rücksichtnahme auf die Interessen der besitzenden Klassen!

Nicht genug damit! Eine weitere ganz ungeheuerliche Vergünstigung wird den reichen Erben gewährt, indem der bewegliche Besitz, soweit er nicht in Kapitalien, insbesondere in Wertpapieren besteht, aus der Besteuerung völlig ausscheidet. Also Geschmeide aller Art, Brillantdiademe, Perlenkolliers, Edelmetall und Edelgestein, das als Schmuck und Hausgerät dient, kostbares altes Geschirr, das oft unbezahlbar wertvolle Mobiliaralter Herrenhäuser und Schlösser — das alles soll steuerfrei bleiben, um ein „nicht leicht zu ertragendes Eindringen der Steuerbehörde in die Familienverhältnisse“ zu vermeiden. Man besteuert das Glas Bier und die Tasse Kaffee, die Pfeife Tabak und die Schachtel Streichhölzer, aber man nimmt die beweglichen Reichtümer, die nicht zinstragend angelegt sind, die nutzlos rostenden nur dem Luxus einer reichen Familie dienenden Wertgegenstände von der Besteuerung aus!

Das Reichschatkamt berechnet den Ertrag dieser Erbschaftsteuer auf 68 Millionen Mark, wovon 13 Millionen Mark an die Einzelstaaten abzuführen wären, 55 Millionen Mark dem Reiche verbleiben sollen. Dreißig Millionen von der „unerlässlichen Bedingung“ hat man sich also jetzt schon abhandeln lassen; 38 Millionen Mark sollte die fallen gelassene Nachlasssteuer bringen. Vermutlich aber ist der Ausfall viel größer, der zu erwartende Steuerertrag viel kleiner, als man jetzt zugeben will.

An die Erbschaftsteuer schließen sich zwei weitere Gesetze und Gesetze, aus denen man hier ein paar Millionen, dort ein paar Millionen herauszurichten gedenkt. Sie treffen die Feuerversicherung von Objekten über 5000 Mark, die Effekten in Form einer Erhöhung der Zinssteuer, die Wechsel, die länger als 3 Monate laufen, und schließlich den Umsatz in Grundstücken. Diese Steuervorschläge werden noch näher zu betrachten sein.

Aber schon jetzt steht so viel fest, daß eine raffiniertere Verhöhnung der Liberalen und des neuen Hansjand des sich überhaupt nicht denken läßt. Jeder dieser Vorschläge bietet für sich betrachtet geradezu das Musterbeispiel einer Steuer, wie sie nach liberalen Grundsätzen nicht sein soll. Es ist höchst auffällig, daß man im Zirkus Schumann sich fast ausschließlich mit den Steuern beschäftigt hat, die die Regierung ablehnt, nicht aber mit jenen, die die Regierung wirklich haben will, und die zum Teil wirklich eine sehr schwere Belastung des Geschäftsverkehrs mit sich bringen müssen.

Für den Liberalismus im Reichstag bedeuten diese Vorschläge des Bloßkanzlers geradezu eine Kriegserklärung, und konnte man die liberalen Gelder der parlamentarischen Arena nicht längst allzu gut, so könnte man fast darauf gespannt sein, wie sie eine solche Herausforderung aufnehmen. —

Städtetag.

In Rötten, einem sauberen anhaltischen Städtchen mit 24 000 Einwohnern, fand der diesjährige Städtetag der Provinz Sachsen und Anhalt statt. Auf ihm sind die Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern vertreten. Magistrate und Stadtverordneten-Versammlungen haben zahlreich delegiert. Auch unsere Partei ist durch vier Delegierte, die Zerbst, Köslau, Rötten und Magdeburg stellten, vertreten.

Bis vor kurzem konnte man in Rötten eine große Zahl russischer Studenten antreffen. Dann aber machte sich die russische Polizei dazwischen und steckte Spigel unter die Studentenschaft, die ihr edles Handwerk auch hier mit gewohnter Schmutzigkeit ausübten, und die hiesige Polizei war den Russen willig. Ausweisungen folgten, und heute ist die russische Studentenschaft auf einige traurige Reste zusammengeschmolzen. Die Despotie hat gesiegt.

Das war der bittere Zusatz zu den banalen Begrüßungsreden, der aber wohl nur wenigen zum Bewußtsein kam. Rötten liegt in einer sehr fruchtbaren Ebene mit überaus reichen Grundbesitzern und recht armen Leuten, deren Leben der Anhalter Wäsche in seinen Wäscheleier Vorführungen beschrieben hat.

Keht man nach Jahrzehnten in eine Stadt zurück, so drängen die alten Erinnerungen mit Gewalt ans Licht. Hier war's, wo ich zum erstenmal die Annehmlichkeiten eines Gefängnisses zu kosten bekam, weil ich gegen die Heiligkeit alter hannoverscher Polizeigesetze verstoßen haben sollte. Hier war ich vor langer Zeit einer der Gründer des Arbeiter-Bildungsvereins. Verschwunden und verfloren. Es ist anders und besser geworden.

Doch zurück zum Städtetag. Die eigentliche Tagung dauerte 5½ Stunden. Darin wurden neben den Begrüßungsreden fünf Referate mit anschließender Debatte und die geschäftlichen Dinge, wie Vorstandswahl, allerlei Mitteilungen usw. erledigt. Und dabei waren die Verhandlungsgegenstände aktuell und interessant. Es hätte wirklich nichts geschadet, wenn den Beratungen einige Stunden mehr und dem Beimerk einige Stunden weniger zugeteilt worden wären. Denn daß bei dieser Gast so manche wertvolle Ergänzung der Referate unterbleiben mußte, war vorauszu-sehen. Damit wollen wir den Referenten nicht zu nahe treten, die zum Teil wirklich Gutes brachten und mit Ausnahme des Stadtrats Guttsche (Erfurt) auch klar und verständlich sprachen. Der Magdeburger Oberbürgermeister leitete die Verhandlungen mit einer Klage über die schweren Gefahren ein, die den Städten durch die Gesetzgebung und Regierung drohen. Der Oberpräsident antwortete darauf, daß die Lage allerdings für die Städte schwierig sei. Diese hätten aber so Außerordentliches geleistet, daß wir stolz darauf sein könnten. Daher werde auch der Landesherren dafür sorgen, daß die Städte zu ihrem Rechte kämen.

Sodann besprach Erster Bürgermeister Gerhardt (Halberstadt) den Scheck- und Ueberweisungsverkehr bei städtischen Kassen. Die außerordentlichen hohen Diskontsätze der Reichsbank hätten schwere Schädigungen des wirtschaftlichen Lebens gebracht, unter denen auch die Städte zu leiden hätten. Schon darum, weil sie ihre Anleihen nicht begeben konnten. Den Grund dafür sieht er zum großen Teile darin, daß der Bedarf an barem Gelde bei uns viel zu groß sei. Es mangle an Bargeld. Dieses lasse sich durch den Scheck und durch Ueberweisungsverkehr sehr wohl erziehen. In der Reichsbank ist jetzt

* Rötten, 15. Juni. Die Magdeburger Stadtratsversammlung hat beschlossen, die Stadtkasse möglichst bedauernd für eine ausgedehnteste Benutzung des Scheck- und Ueberweisungsverkehrs, von der er eine Freiwerdung von mehreren tausend Millionen Mark Bargeld erwartet, die nun zu andern Zwecken verwendet werden könnten. Heimarus (Magdeburg) bekämpft die postalische Bestimmung, wonach bei mehr als 600 Buchungen im Jahre die Post für jede weitere Buchung 7 Pfennig erhebe. Das sei geradezu eine Bestrafung des größeren Verkehrs und eine große Belastung der Städte. Eine vom Absender zu erhebende Freimarkte könne dem Uebel steuern.

Stadtrat Scholz (Magdeburg) sprach sodann über die Erleichterung des Realcredits für Hausgrundstücke in Städten. Er fordert die Errichtung von Pfandbriefämtern, die bebaute Grundstücke beleihen sollen. Die Sache ist so gedacht, daß die Stadt ein Pfandbriefamt errichtet, also mit ihren Mitteln sich dahinter stellt, und dieses nun Pfandbriefe ausgibt, um Geld herbeizuschaffen. Davon werden dann Darlehen auf bebaute Grundstücke für mäßigen Zins gegeben. So will man auf die Lösung der Wohnungsfrage hinwirken. Redner überreicht einen von ihm entworfenen Plan für die Errichtung der Pfandbriefämter, der Ermittlung des Beleihungswertes und des Schätzungsamts, das unentbehrlich sei.

Nunmehr sprach Professor v. Drigalski (Halle a. S.) über die Aufgaben der Kommunalhygiene. Diese sei heute ein besonderer Zweig der Wissenschaft geworden. Zu verlangen sei ein besonderes Organ der öffentlichen Gesundheitspflege. Der Kreisarzt genüge nicht. Wasserreinigung, Abwässerung, Abfallbeseitigung, Straßenpflasterung, Nahrungsmittelkontrolle wie die Milchhygiene seien sehr wichtige Angelegenheiten. Ein neues chemisches Mittel ermögliche die Erkennung von Pferdefleisch; es werde eine Waffe sein gegen die Betrügerei des Publikums. Redner spricht sich für Verjüngung der Städte mit Grundwasser aus. Eine einzige Epidemie koste mehr Gut als die kostspieligste Anlage. Quellwasser sei weniger gut. Die Detmolder hätten böse Erfahrungen damit gemacht. Ebenso Paris, das teilweise Quellwasserreinigung hat. Bei Kläranlagen sei die biologische Vorzuziehen. Diese sei aber sehr teuer und daran scheitere oft ihre Ausführbarkeit. In Kassel habe man eine mechanische Kläranlage, die auch gute Resultate liefere. Eine ausführbare Desinfektion des Trinkwassers habe man nicht. Man solle durch Abkochen die größten Gefahren beseitigen. Für Straßenpflaster sei Asphalt am besten. Licht und Luft in die Wohnungen bringen, sei die wirksamste Seuchenbekämpfung. Die Tuberkeln sterben, wenn man sie der Bestrahlung durch die Sonne aussetzt. Blutarne, rachitische Kinder kommen aus elenden Wohnungen. Man solle die Kranken kommen. Die Genesenden seien Träger von Infektionskrankheiten. Der Mensch sei für den Menschen die größte Gefahr. Redner bespricht die Säuglingsfürsorge. Ein Fünftel aller Geborenen sterben im Säuglingsalter. Daran sei

Wohnung und Nahrung schuld. Hier müsse die Kommu- n... einsehen. Die Milchschulen hätten Frisch gemacht. Das dafür aufgewendete Geld solle man für Stillbehilfen aufwenden; diese Unterstützung „Prämie“ zu nennen, habe für ihn einen unmoralischen Beigeschmack. An absolut stillunfähige Mütter, deren Zahl gering sei, müßte Milch gegeben werden. Aber nur an diese. Durch freiwillige Helfer sei das zu kontrollieren. In Halle seien unter seiner Leitung 50 Helfer tätig. Fürsorge kann nur geschaffen werden, wenn man in die Wohnungen hineingeht. Die Schulhygiene sei nicht minder wichtig. Fort mit dem Staub von den Schulhöfen! Durch den preussischen Ministerialerlass sei manches erreicht; er sei sehr wohl durchführbar. Die erschreckend hohe Zahl zahntanker Schulkinder habe die Aufmerksamkeit erweckt. Inwiefern dadurch gesundheitliche Schädigungen herbeigeführt seien, wisse man noch nicht. Die Fürsorge für Krüppel müsse sich vor allem auf ihre Heilung erstrecken. Man solle Kranke nicht nur heilen, sondern auch vor fernerer Erkrankung bewahren. Sexuelle Aufklärung durch Lehrer den Schülern zu vermitteln, halte er für bedenklich. Dazu seien pädagogisch vorgebildete Ärzte erforderlich. Diese könnten ev. auch schon an vierzehnjährige Beschränkte erteilen. Auf dem Gebiete der Kommunalhygiene hänge der Erfolg von der Kleinarbeit ab. Man müsse eben von Haus zu Haus laufen, dann sei der Erfolg sicher.

In der Debatte meinte der Magdeburger Oberbürgermeister, daß die Bemühungen auf dem Gebiete der Säuglingsfürsorge sich doch in der Verminderung der Todesfälle hätten zeigen müssen. Das sei leider nicht der Fall. Genosse Heimis verwies demgegenüber darauf, daß auch der Gesundheitszustand der Lebenden in Betracht zu ziehen sei. Die Bekämpfung der Wohnungsnot sei wichtig, aber leider seien hier private Interessen siegreicher als unsere Bemühungen. Daher müsse man den Opfern dieser Zustände Hilfe bringen. Der Potsdamer Regierungspräsident habe den Gemeinden die Errichtung eines Gesundheitsbeirats empfohlen. Damit solle man überall Ernst machen. Geeignete Personen seien zu finden. Er habe keinen Zweifel, daß die Stillbehilfen manche arme Mutter befähigten, ihrem Kinde die beste Nahrung — Muttermilch — zu geben. Die Gelder, die für die Kommunalhygiene ausgegeben würden, seien aufs Beste verwendet.

Einige Verwaltungsjuristen besprachen die Nahrungsmittelämter.

Darauf hält Stadtrat Gutjahn einen Vortrag über die Reform des höheren Mädchenschulwesens in Preußen. Der Redner spricht eilig und schlecht. Als ob eine Steinbrechmaschine ihre holprige Arbeit verrichte, so kommen die Sätze heraus. Wir können uns ein Eingehen auf seine Rede sparen. Viel hat wohl niemand von seinem Vortrag profitiert.

Stadtrat Sahm sprach kurz und verständlich über die Reichsversammlungen in der Provinz Sachsen.

In schönen Lichtfarben und bemerkte, die Antragsteller hätten einfach die Kölner Bestimmungen abgeschrieben und wollten nun ein Reichsgesetz daraus machen. Die Gemeinden können aber keine der bisherigen Steuerquellen entbehren. Darum müsse der Städtetag sich energisch gegen diesen steuertech- nischen Unfug der Rumpfkommision wehren. Eine Dis- kussion wurde abgelehnt. Der Städtetag wird im Sinne des Referenten beim Reichstag vorzulegen sein.

Es folgten Mitteilungen. Der bisherige Vorstand, darunter der ehemalige Oberbürgermeister Schneider, wird wiedergewählt. Der nächste Städtetag findet in Zeitz statt.

Alles in allem: Die Tagesordnung war geschickt zu- sammengestellt, die Referate mit einer Ausnahme gut; aber die Zeit zu kurz und des Weiwerts, wie Begrüßungs- abend, Festessen u. dergl., zuviel. Mehr Zeit für die De- batte!

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 15. Juni 1909.

Durchsichtigen!

Ueber den Arbeitsplan des Reichstags berichtet die Echo-Prese: Der Seniorsenator des Reichstags wird am Dienstag Dispositionen über die Geschäftslage treffen. Die Steuervorlagen sollen erst in einer Generaldebatte nachträglich besprochen werden, da die Finanzkommission dem Plenum vollständig neue Vorlagen mit ganz geringen Ausnahmen unterbreitet. Im Seniorsenator soll der Vorschlag gemacht werden, in der laufenden Woche die Sitzungen bereits um 12 Uhr mittags beginnen zu lassen, da Kommissionen kaum noch arbeiten werden, dagegen in der nächsten Woche, wenn die Finanzkommission tagen wird, die Sitzungen um 1 Uhr beginnen zu lassen.

Nach einer allgemeinen Debatte von 4 Tagen glaubt man die Einzeldebatten für jede Vorlage auf etwa 1 1/2 Tage ansetzen zu können, so daß die zweite Lesung aller Steuer- vorlagen, auch der neuen Ertragsteuern am 3. Juli erledigt sein und die dritte Lesung sich sofort anschließen könnte.

Die Beratung der Besoldungsvorlage dürfte in 2 bis 3 Tagen erledigt werden, so daß etwa am 10. Juli die Verlesung des Reichstags auf den Herbst erfolgen könnte.

Prozess gegen Philipp Eulenburg?

Angeblich soll bald gegen den Fürsten Philipp verhandelt werden. Das Kammergericht hat wenigstens, wie in den Berliner Blättern zu lesen ist, den Beginn der außer- ordentlichen Schwurgerichtsperiode, in der wegen Meineides und Verurteilung zum Meineide verhandelt werden soll, auf den 5. Juli festgesetzt. Zum Vorsitzenden ist Land- gerichtsdirektor Kanow ernannt worden. Die Anklage der Schwormänner hat fünfgejunden.

Zugleich wird von der Justizverwaltung eine zusammen- hängende Darstellung über die Maßnahmen gegeben, die in letzter Zeit gegen den Fürsten Eulenburg ergriffen wurden. In diesem Communiqué heißt es:

Nach der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht, die nach 19tägiger Dauer am 17. Juli v. J. abgebrochen werden mußte, erforderte die Staatsanwaltschaft von dem Geheimen Medizinalrat Professor Dr. Kraus und dem Medizinalrat Dr. Störmer ein Gutachten über die Frage, ob und wann vor- ausichtlich der Angeklagte verhandlungs- und haftfähig sein werde. Auf Grund des am 14. September v. J. eingegangenen Gutachtens, das die Verhandlungsfähigkeit für absehbare Zeit verneinte und gegen die Ueberführung ins Unter- suchungsgewahrsam Bedenken äußerte, hob das Landgericht 1, Strafkammer 7 durch Beschluß vom 22. September v. J. den Haftbefehl auf, weil der Eintritt der Verhandlungsfähigkeit bei Haftfortdauer überhaupt nicht zu erwarten sei, bei Fort- dauer der Haft aber mit einer nahen Lebensgefahr zu rechnen sei und Verdunkelungsgefahr nicht mehr bestehe. Der Ange- klagte mußte darauf sofort aus der Haft entlassen werden. Die Staatsanwaltschaft legte gegen diesen Beschluß Beschwerde ein, weil angeichts der immerhin bestehenden Möglichkeit der Flucht in ein Land, das wegen Meinoids nicht aus- liefert, die Haftentlassung nicht von der Leistung einer Sicherheit abhängig gemacht worden war. Das Kammergericht gab dieser Beschwerde statt und ordnete durch Beschluß vom 25. September v. J. an, daß der Angeklagte nur gegen eine Sicherheit von 100 000 Mark mit der Untersuchungshaft zu verurteilen sei; das Gericht ging davon aus, daß der Angeklagte im allgemeinen transportfähig sei, daß mit einer Verhinderung seines Zustandes unter den günstigsten Bedingungen gerechnet werden müsse und dann die Möglichkeit gegeben sei, den Aufenthalt ins Ausland zu verlegen. Diese Sicherheit von 100 000 Mark wurde geleistet.

Nachdem die obengenannten Sachverständigen in ihrem Gutachten vom 5. Dezember vorigen Jahres erklärt hatten, der Angeklagte sei nicht verhandlungsfähig, und es sei nicht möglich, anzugeben, wann die Verhandlungsfähigkeit eintreten werde, ersuchte die Staatsanwaltschaft am 16. Dezember v. J. das königliche Medizinalkollegium der Provinz Brandenburg um Erstattung eines Gutachtens über dieselbe Frage. Das am 5. Februar v. J. erstattete Ober- gutachten sprach sich gleichfalls dahin aus, daß in ab- sehbbarer Zeit mit einer Verhandlungsfähigkeit nicht zu rechnen sei. Darauf beantragte die Staatsanwaltschaft am 23. Februar v. J., daß dieselbe Frage der Wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen vorgelegt wurde.

Vor deren Gutachten bei der Staatsanwaltschaft einging, trat der Angeklagte am 22. Mai v. J. die Reise nach Bad Gastein an, ohne vorher eine Anzeige erstattet oder die Genehmigung an zuständiger Stelle nachgesucht zu haben. Hiermit war eine neue Tatsache gegeben. Die Staats- anwaltschaft beantragte infolgedessen die Erhöhung der Sicherheit auf 200 000 Mark und erhob, nachdem das Land- gericht den Antrag abgelehnt hatte, Beschwerde, in welcher die Erhöhung der Sicherheit auf 500 000 Mark angeregt wurde. Während die Akten dem Kammergericht vorlagen, ging am 3. Juni das Gutachten der Wissenschaftlichen Deputation ein, um dessen jährliche Ueberzeugung gebeten worden war. Da sich das Gutachten dahin ausdrückte, daß mit Wahrschein- lichkeit anzunehmen sei, daß der Angeklagte im Sinne der Frage verhandlungsfähig, da den Ausführungen auch zu entnehmen war, daß der Angeklagte haftfähig sei, wurde das Gutachten in die Beschwerdebekanntmachung mit der Anregung weitergegeben, zu erwägen, ob nicht in erster Linie die be- dingungslose Verhaftung geboten sei. In der Zwischenzeit war die Beobachtung des Angeklagten auf seiner Reise und in

an, daß der Angeklagte nur dann mit der Untersuchungshaft zu verurteilen sei, wenn er binnen einer Woche nach Zustellung des Beschlusses die Sicherheit auf 500 000 Mark er- höhte. Diese Erhöhung der Sicherheit ist mit dem durch die eigenmächtige Auslandsreise betundenen Verhalten des An- geklagten und den in dem Gutachten der Wissenschaftlichen Deputation getroffenen Feststellungen, also zwei neu hervor- getretenen Umständen, begründet. Dieser Beschluß ist dem mit Zustellungsvollmacht versehenen Verteidiger, Justizrat Bronker, am 5. Juni zugeestellt und auch dem Angeklagten selbst bekannt gemacht worden. Die in dem Beschlusse gefetzte Frist lief daher mit dem 12. Juni ab. Der Angeklagte trat hierauf seine Rückreise an, während der er weiter unter polizeilicher Beobachtung stand.

Nach seiner Rückkehr stellte der Verteidiger unter gleich- zeitiger Einzahlung weiterer 100 000 Mark und unter Berufung auf die durch die Rückkehr veränderte Beschlage beim Land- gericht 1 den Antrag, es bei dem früheren Beschluß des Kammer- gerichtes vom 25. September v. J. zu belassen. Dies Verlangen wurde, dem Antrag der Staatsanwaltschaft entsprechend, durch Beschluß des Landgerichtes vom 12. Juni abgelehnt. Vor Ab- lauf der Frist, noch am Abend des 12. Juni, wurde Sicherheit für die noch verbleibenden 300 000 Mark geleistet. Wäre dies nicht geschehen, so wäre am Vormittag des 13. Juni die Verhaftung des Angeklagten erfolgt, für die bereits alles vorbereitet war. Jetzt bleibt der Angeklagte, da er die Bedingungen des Be- schlusses des Kammergerichtes vom 4. Juni erfüllt hat, auf freiem Fuße.

Wer hiernach annehmen sollte, daß es am 5. Juli wirk- lich zur Verhandlung kommen sollte, verdiente wegen seiner Vertrauenslosigkeit öffentlich ausgestellt zu werden. Philh wird jetzt von Tag zu Tag kranker, immer kränker werden, so daß weder im Juli noch im Herbst, noch zu einem andern Termin verhandelt werden wird, denn keinesfalls soll mit der Verhandlung begonnen werden, wenn die geringste Mög- lichkeit besteht, daß doch wieder eine Vertagung eintreten müßte.

Diese Möglichkeit besteht immer. Folglich wird nie verhandelt werden.

Das fällige Komplott.

Herr Clemenceau ist nachgerade von ermüdender Ein- trägigkeit in seiner Regierungsmethode. Da er sich nicht populär zu machen versteht, spielt er sich als den Mann mit der starken Faust auf, der die kapitalistische Gesellschaft von den Komplotten der Anarchisten und — Kataklysmen errettet. Das kostet ihn sehr wenig. Solange es Geheimfonds und politische Polizei gibt, so lange werden auch die Komplotte und anarchistischen Attentate nicht aufhören.

Herr Clemenceau war kaum in seinem Ministeressel warm geworden, als er schon ein international-anarchistisches Komplott arrangierte. Das war vor dem 1. Mai 1908. Auf Grund eines polemischen Zeitungsartikels — ein weiteres Beweismittel besaß er nicht, wie er später in der Kammer eingestand — ließ er die bekanntesten Gewerkschaftsführer und einen päpstlichen Grafen verhaften. Sie waren angeklagt, gemeinsam am 1. Mai die Verfassung der Republik umzuwerfen zu wollen. Die Stunde war nicht gegeben.

Dieser himmelsstürzende Blödsinn, verstärkt durch 60 000 in Paris konzentrierte Soldaten, verfehlte seine Wirkung auf die berängstigten Spieler nicht. Man sagte sich: „Es ist doch ein verfluchter Kerl, der Clemenceau. Er geniert sich nicht, selbst seine besten Freunde von gestern ins Loch zu stecken. Man sieht doch, daß er keine Angst vor den Anarchisten hat.“

Und mit einem Schlage war Clemenceaus Glück gemacht. Seitdem hat er den Trübsalstagen wiederholt und jedesmal berstend er. Jaurès sagte sehr treffend in der Kammer, daß das Ministerium Clemenceau den widernatürlichen Kontrast der Be- zetzung und der Unvergänglichkeit bilde. Und das ist gar nicht so merkwürdig. Das Ministerium Clemenceau ist einfach ein Polizeiministerium, Clemenceau hat sich ja selbst den ersten Schußmann Frankreichs genannt, und wie die Polizei lebt er von der Verwesung.

Also haben wir jetzt wieder ein Komplott. In Paris sind 23 Hausdurchsuchungen vorgenommen worden. Man hat bei Ger- vaise (natürlich!), bei den zwei genialen Zeichnern Grandjovan und Desannot, bei dem Genossen und Herbeisten Robert, bei einem anarchistischen Versammlungsredner, bei einigen Gewerkschaftlern, Schuhmachern, Goldarbeitern und Handelsange-estellten, und bei noch einigen uns unbekanntem Leuten. Sie sind alle zusammen verdächtig — Telegraphendrähte durch- schnitten zu haben. Bei einem hat man auch wirklich anti- militaristische und rojalistische Zeitungen und Broschüren gefunden. Also wieder ein anarchistisch-royalistisches Komplott. Der Grund dieses Komplottes ist folgender: Herr Clemenceau hat sich festerlich verpflichtet und es im Parlament wiederholt erklärt, daß er die gemäßigten Sozialisten nicht amnestieren werde. Er weiß aber auch, daß die Abgeordneten auf die Dauer den Amnestieanträgen nicht widerstehen werden, besonders vor dem 14. Juli. Deshalb ließ er Telegraphendrähte durchschneiden, was natürlich auch nur die Gemäßigten getan haben konnten, und entdeckte jetzt das fällige Komplott. Es wäre Zeit, daß ihm etwas Neues einfiele.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 15. Juni 1909.

Lage des deutschen Arbeitsmarktes.

AC. Nachdem von Mai 1907 ab bis zum April dieses Jahres der Andrang auf dem deutschen Arbeitsmarkt von Monat zu Monat stets stärker gewesen ist als im jeweiligen Monat des Vorjahres, ist mit dem Monat Mai des laufenden Jahres eine beachtenswerte Wendung eingetreten: zum erstenmal seit zwei Jahren bleibt der Andrang niedriger als im Vorjahr.

Nach im April kamen auf 100 offene Stellen an den Arbeits- nachweiser, die an die Berichterstattung des „Arbeitsmarktes“ angeschlossen sind, 147,4 Arbeitsuchende gegen 140,8 im Jahre 1908; im Mai waren es dagegen 151,1 gegen 156,3 im Vorjahr. Der Andrang ist um 5,2 Prozent niedriger als im Mai vorigen Jahres. Daß von April auf Mai eine Zunahme des Andrangs eingetreten ist, beeinträchtigt diese Wendung nicht im geringsten, da es sich hierbei um eine alljährlich im Mai wiederkehrende Erscheinung handelt, die in guten wie in schlechten Jahren zu beobachten ist.

Im Arbeitsmarkt für männliche Löhner läßt sich hier ausschließlich die Erholung gegenüber dem Vorjahr: auf 100 offene Stellen kamen 187,33 Arbeitsuchende gegen 195,22 im Mai 1908. Auf dem Arbeitsmarkt für weibliche nahm der Andrang gegenüber dem Vorjahr sogar etwas zu. Um 100 offene Stellen bewarben sich 90,97 Arbeitsuchende gegen 89,02 im Vorjahr. Das Kontingent der Arbeitsuchenden hat relativ stärker zugenommen als die Zahl der offenen Stellen.

Die erfreuliche Wendung in der Lage des Arbeitsmarktes ist zwar in den meisten Landesteilen zu beobachten, aber doch nicht in allen. Einige Gebiete, und darunter hochindustrielle, weisen auch im Mai dieses Jahres noch ein höheres Ueberangebot auf als vor Jahresfrist. Von diesen Gebieten mit stärkerem An- drang ist an erster Stelle die Rheinprovinz zu nennen, wo infolge der Ungunst im Kohlenbergbau und zum Teil auch im Eisen- gewerbe der Arbeitsmarkt noch schwer zu leiden hat. Für die Provinz Sachsen und die thüringischen Staaten stellte sich der Andrang im Mai auf 117,53 gegen 150,33 im Vor- jahr. Abgenommen hat auch im Vergleich zum Vorjahr der Andrang in Hannover einschließlich Braunschweig und in Schleswig-Holstein von 200,00 auf 162,70.

Ob die Besserung, die im Mai eingetreten ist, nun auch schon anhalten wird, ist nicht vorauszusagen. Erfahrungen aus früheren Jahren lehren, daß Rückschläge vorkommen. So brachte z. B. das Jahr 1902 die erste Besserung gegenüber dem Vorjahr im September, aber schon der November brachte wieder einen wenn auch schwachen Rückschlag. Absolut genommen ist auch der Andrang im Mai noch reichlich hoch, was bei der Fest- stellung der erfreulichen Wendung, die den Prozeß der Erholung ersichtlich macht, nicht übersehen werden darf. Seit 1896 stand der Andrang im Mai nur in 2 Jahren noch höher als 1909, nämlich 1902 und 1908. Im Jahre 1901 stand er auf 145,9 und 1903 auf 146,3, also beidemal etwas niedriger als im laufen- den Jahr.

Über alle diese Vorbehalte ändern nichts an der Wichtigkeit des Mairesultats, das die Andrangsturve unter den Stand des Vorjahres hinabgedrückt hat.

— Sozialdemokratischer Verein. Achtung, Distrikts- kassierer! Da der Kassenericht bis spätestens den 15. Juli in den Händen des Parteivorstandes in Berlin sein muß, muß der Kassenschluß des Sozialdemokratischen Vereins bereits Anfang Juli erfolgen. Die Distriktskassierer werden deshalb ersucht, die bis Ende Juni fälligen Beiträge pünktlich zu kassieren und bis zum 3. Juli mit ihren Bezirkskassierern zu verrechnen.

— Sozialdemokratischer Verein. Die Versammlung des Bezirks Neue Neustadt eröffnete Genosse Bethge mit der Mit- teilung von dem Ableben des Reichs- und Landtagsabgeordneten Gen. Goldstein (Dresden), zu dessen Ehren sich die Genossen von ihren Sigen erhoben. Dann erhebt Genosse Holzappel das Wort zu seinem außerordentlich instruktiven Vortrag „Religion und Sozial- demokratie“, welcher in der Aufforderung an die Genossen ausging, daß diejenigen, welche mit der Kirche schon längst innerlich gebrochen, dies nun auch äußerlich zu tun hätten; in der sich hieran schließenden Diskussion wird von verschiedenen Genossen auf die Vorgänge betun

Aus der Parteibewegung.

Zum Ableben Hermann Goldsteins schreibt die 'Dresdner Volkszeitung': Ein alter, bewährter Streiter der Sozialdemokratie ist nicht mehr. Im Oktober 1908 schon rief ein Schlaganfall unsern Freund und Genossen aus seiner reichen und vielseitigen Wirkenssphäre im sächsischen Landtag...

Als nach dem Fall des Sozialistengesetzes Webel, der damals auch Landtagsabgeordneter war, von Sachsen nach Berlin verzog, wurde auf seinen Vorschlag hin Genosse Goldstein der Nachfolger Webels in der Vertretung des Wahlkreises Leipzig-Land im Landtag. Inzwischen war er nach Zwickau abgewandert, um die Redaktion des 'Sächsischen Volksblatts' zu übernehmen. Im Jahre 1903 sandten ihn die Genossen aus dem Wahlkreis Stolberg-Schneeberg in den Reichstag...

Die Straßburger Genossen über die Reichsfinanzreform. Der Sozialdemokratische Verein Straßburg-Stadt nahm am Freitagabend zur Reichsfinanzreform Stellung. Nach einem Referat des Genossen Reichstagsabgeordneten Böhle wurde gegen vier Stimmungen eine Resolution angenommen, in der gesagt wird, die Reichstagsfraktion möge für eine Erbschafts- oder Erbanfallsteuer stimmen...

Die Revolutionsfeier in Kirchheimbolanden. Zu einer großen Demonstration gestaltete sich die 60 jährige Gedenkfeier für die im heldenmütigen Kampfe gegen die preussischen Truppen am 14. Juni 1849 gefallenen 17 pfälzischen und rheinhessischen Freischärler. Aus allen größeren Städten der Pfalz und Rheinhesen: Mainz, Kaiserlautern, Ludwigshafen usw. hatten die sozialdemokratischen Organisationen Kranzspenden entsandt.

500 Mark Geldstrafe wegen Fabrikantenbeleidigung! Am Mittwoch hatte sich der verantwortliche Redakteur der 'Märkischen Volksstimme' zum erstenmal während seiner Tätigkeit in Kottbus vor dem Schöffengericht zu verantworten. Er sollte einen Färbereibesitzer in Forst durch eine Notiz beleidigt haben, in der mit scharfen Worten gerügt worden war, daß dieser einen Arbeiter geschlagen hatte. Nun war dabei aber dem Gewährsmann ein Irrtum untergelaufen: Der Färbereibesitzer hatte nicht einen beliebigen Arbeiter, sondern seinen eignen, aber auch bei ihm beschäftigten Sohn geschlagen. Das war auch berichtigt worden.

Sozialistische Literatur für Blinde. Im Anschluß an den Blindenkongreß in Dresden fanden sich am Abend des 4. Juni in einem Zimmer des Dresdner Volkshauses sozialistisch gesinnte Blinde aus allen Teilen Deutschlands zusammen, um über Mittel und Wege zu beraten, durch planmäßige Propaganda in den Kreisen der Blinden für unsere Weltanschauung zu wirken. Die gepflogenen Debatten zeigten volle Uebereinstimmung darüber, daß es vor allem notwendig sei, geeignete Agitationsliteratur in die Hände der Blinde zu übertrafen, um so das erforderliche Material zu beschaffen.

Eine blutige Maitfeier. Das Volksbüro verschiebte unmittelsbar nach dem 1. Mai Depechen, wonach in Buenos Aires bei der Maitfeier Unruhen ausgebrochen und 2500 Menschen tödlich mit der Polizei erlegt sein sollten. Jetzt liegen deutliche sudamerikanische Blätter vor, die eingehend über den Vorfall berichten. Danach handelt es sich um einen mörderischen Mordfall friedlicher Demonstranten durch Polizeischüsse. Die 'Germania' von Sao Paulo schreibt: In ganz unerhörter Weise sind von den Polizeibehörden der Hauptstadt die Festlichkeiten gestört worden, welche die Arbeiter am 1. Mai zu veranstalten gedachten.

lich, es konnte aber noch nicht festgestellt werden, ob er, wie offiziell behauptet wird, geschossen hat. Ein Arbeiter machte seinem Unwillen über die barbarische Szene durch den Ausruf: 'Nieder mit der Polizei!' Luft, was das Signal zu einem Angriff der Soldateska auf das wehrlose Volk gab. Der Mann, der den Ausruf getan, wurde auf der Stelle erschossen und gleichzeitig eine Salve auf den Zug abgegeben. Es sollen dabei über 400 Schüsse gefallen sein. Es folgten noch mehrere Salven. Das Blutbad war fürchterlich. Obgleich die bürgerlichen Blätter die Sache als ziemlich harmlos hinzustellen versuchen, sind über 100 Personen verwundet und acht getötet worden. Die Straße gleich einem Schlachtfeld. Von der Sanitätskolonne wurden 45 Schwerverwundete in die Spitäler geschafft. Veritene Polizisten sprengten auf die Menge ein, die nach allen Seiten auseinanderstob. Kurz darauf bildete sich ein neuer Zug — ein Trauerzug — an welchem über 10 000 Menschen teilnahmen. Die Fahnen wurden in Flor gehüllt, die Musikkapellen spielten Trauermärsche. Die Menge zog stillschweigend nach dem Place Colon, vor das Regierungsgebäude. Das Straßenpublikum ließ entlockten Hauptes den Zug an sich vorbeipassieren. Auf dem Place ergrieff der frühere Angeordnete Palacios das Wort und schlug vor, zum Zeichen des Protestes und der Trauer einen Generalausstand von 48 Stunden zu proklamieren. Der Vorschlag wurde ohne ein Wort des Widerspruchs angenommen. Palacios forderte im Namen der Arbeiter die sofortige Entlassung des Polizeichefs. Die maßlose Brutalität der Polizei hat die ganze Einwohnerschaft der Stadt mit Entzückung erfüllt und in Arbeiterkreisen kennt die Erbitterung gegen die Regierung keine Grenzen.

Daselbe Blatt teilt in der Nummer vom 6. Mai weiter mit: 'Buenos Aires steht noch unter dem Eindruck des von der Polizei angerichteten Blutbades. Die Straßen zeigen ein sehr belebtes Bild und die Unterhaltung dreht sich ausschließlich um die Vorgänge vom letzten Sonnabend. Der Generalausstand nimmt immer größeren Umfang an. Man schätzt die Zahl der ausländischen Arbeiter auf 180 000, was aber sehr übertrieben zu sein scheint. Die Stadt ist nahezu vererdet.'

In den folgenden Nummern der 'Germania' finden sich Notizen über weitere Polizeibrutalitäten anlässlich des Generalausstands, die 20 Tote und 270 Verwundete als Opfer forderten. In der Nummer vom 11. Mai heißt es: 'Der Präsident gab Befehl, alle verhafteten Streiker in Freiheit zu setzen, mit Ausnahme der Aussen, die man für besonders gefährlich hält, und einiger Individuen, die im Verdacht stehen, Propagandisten der Tat zu sein. Der Streik ist beendet, die Ausständigen nahmen am Montag die Arbeit wieder auf. Die Lage ist wieder völlig normal. Die Sozialisten befehlen nach wie vor auf der Entlassung des Polizeichefs.' Am 13. Mai wird berichtet: 'Am Dienstag wurden in Buenos Aires 364 Arbeiter in Freiheit gesetzt, die während der Unruhen verhaftet worden waren. Ein in der Hauptstadt anfänglicher Bankier schätzte den Schaden, der dem Handel aus dem Generalausstand der Arbeiter erwachsen ist, auf rund 40 Millionen Pesos. Infolge der Ereignisse ging die Einnahme des Zollamts in der letzten Woche auf 800 000 Pesos zurück, während sie sich sonst auf 2 500 000 Pesos wöchentlich beläuft.'

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

15. Juni. Die Holzarbeiter im Ruhrgebiet ist beendet. Nachdem die Verhandlungen im Rathhausaal in Essen zu keinem abschließenden Ergebnis geführt, wurden sie für die in Betracht kommenden Orte Gelsenkirchen, Gerne und Dortmund örtlich geführt. Auslast eines Bezirksrats, wie ihn der Arbeitgeberbund verlangte, wurden Ortsverbände abgeschlossen. Die Abkündigung dieser Verträge verlangte der Arbeitgeberbund einheitlich mit derjenigen im Bauergewerbe; festgelegt wurde dagegen der 15. April 1912. Die Agitationsklausel, nach der auf den Arbeitsstätten jegliche Agitation verboten sein sollte, wurde sowohl in den Verträgen selbst als auch in der Form von protokollierten Erklärungen vom Arbeitgeberbund fallen gelassen. Festgelegt wurde für Gelsenkirchen, Wanne, Mählingshausen und Gerne an Stelle der bisher üblichen 60 stündigen wöchentlichen Arbeitszeit eine sofortige Verkürzung von 1 Stunde und ab 1. Juni 1910 weitere 3 Stunden pro Woche. An Lohn erhöhungen während der Vertrags-

Feuilleton.

Nachdruck verboten

Ein Frauenschicksal.

Sozialer Zeitroman von Eliza Orzeszko.

(12. Fortsetzung.)

Wieder zeigte sich ein vielversprechender Ausdruck in dem Antlitz von Frau Zminska. 'Gewiß,' sprach sie, 'die Fertigkeit im Zeichnen kann Ihnen ganz nützlich werden, doch hat sie bei weitem geringern Wert als in der Musik...' 'Wie kommt das?' fragte Martha. 'Wahrscheinlich deshalb, weil die Musik eine geräuschvolle und das Zeichnen eine stille Kunst ist. Zu jedem Falle bitte ich mir einige Proben Ihrer Kunst zu bringen. Wenn Sie wirklich Gutes zu leisten verstehen und es Ihnen möglich ist, Zeichnungen zu liefern, die von wirklichem Talent sprechen, dann kann ich Ihnen ein bis zwei Unterrichtsstunden verschaffen...' 'Sehr geläufig ist mir das Zeichnen nicht,' erwiderte Martha. 'Auch will es mir scheinen, als wäre mein Talent hierzu nicht besonders bemerkenswert, keineswegs kann die Ausbildung, die ich in diesem Fache genossen, eine besondere genannt werden. Aber ich verstehe es genügend, um die Einfangsgründe beibringen zu können.'

alles klar, was Sie mir auseinanderzusetzen die Freundlichkeit haben. Meine Vernunft, und mir war es, als entbehrte ich derselben nicht ganz, sträubt sich gegen die vielen Unmöglichkeiten, die Sie mir anführen, weil sie die Ursachen nicht zu erkennen vermag. Die Möglichkeit, einen Erwerb, und zwar einen ausreichenden Erwerb, zu finden, ist für mich mehr als die Frage, ob leben oder sterben. Es ist zunächst die Lebensfrage und dann eine Frage der Erziehung für mein Kind. Meine Gedanken verwirren sich... ich wünschte die Dinge richtig zu beurteilen... zu verstehen, was um mich vorgeht... und doch... ich kann es nicht...' Bei den ersten Worten sah Frau Zminska gleichgültig auf Martha hin. Dann wurde sie immer aufmerksamer, ihre frostigen Augen durchschimmerte ein wärmerer Strahl. Sie ließ die Lider sinken, die ernste Stirn wurde sie etwas und ein schmerzliches Lächeln spielte um die sonst so gleichgültigen Lippen. Die stille, kühler Geschäftsmäßigkeit, mit der sich diese Frau zu umgeben pflegte, fiel nicht ganz, aber sie wurde durchsichtiger. Jetzt vermochte man in ihr die Frau zu erkennen, die sich wohl an manchen Umständen trauriger Art aus dem eignen Leben und aus dem Leben anderer Frauen erinnerte. Langsam hob sie den Blick und begegnete dem Marthas, der voll Unruhe auf ihr hastete. 'Sie sind nicht die Erste,' erwiderte sie mit etwas weniger trockner Stimme als bisher, 'die in ähnlichen Ausdrücken zu mir spricht. Seit acht Jahren, das ist so lange, als ich an der Spitze dieses Unternehmens stehe, kommen Frauen jeglichen Alters, jeglichen Standes und jeglicher Begabung zu mir, sprechen mit mir und sagen schließendlich: Wir können nicht begreifen! Ich aber verstehe, was den anderen unbegreiflich ist, denn ich habe vieles gesehen, und gar mancherlei selbst erlebt. Ich kann es nicht unternehmen, den Unerfahrenen, was dunkel und unverständlich, zu erklären. Sie unausbleiblichen Kämpfe, die unvermeidlichen Enttäuschungen, diese Tatsachen, klar wie der Tag und dunkel wie die Nacht, sie bleiben keiner erspart und erklären die Dinge durch sich selbst. Bittere Ironie klang durch diese Worte der nicht mehr jungen und strengen Frau. Ihr Blick ruhte noch immer auf Marthas jetzt so bleichem Antlitz; es lag etwas von jenem Mitgefühl darin, mit dem der gereifte Mensch, dem die

Schattenseiten des Lebens aus eigener Erfahrung nur zu wohl bekannt sind, auf das naive Kind blickt, vor dem die Welt mit ihren Erfahrungen noch verschlossen liegt. Martha schweig. Sie hatte wahr gesprochen. Die Gedanken drängten sich in ihrem Kopf und konnten keinen Ausdruck finden für das, was sich ihr offenbarte und sich ihrer Betrachtung aufdrängte. Eins nur war ihr klar und deutlich geworden. Sie hatte erkannt, daß Arbeit und Erwerb nicht etwas war, was man, und insbesondere eine Frau, nur zu wollen brauchte, um es zu erreichen. Und noch eins lag klar und deutlich vor ihren Blicken: das bleiche Antlitz und die großen schwarzen Augen ihres Kindes, die immer wieder mit tausend Stacheln in ihrem Herzen die zwingende, drängende, unabweisbare Notwendigkeit, daß etwas geschehen müsse, wachriefen. 'Sie können umsonst,' jekte die Frau ihre Rede fort, 'Ihr Nachdenken wird Sie nicht aufklären, denn Sie haben bis jetzt aller Wirklichkeit fern gelebt. Kindliche Gedankenlosigkeit zuerst, dann die behagliche Ruhe des Familienlebens waren Ihr Teil. Was darüber hinaus lag, berührte Sie nicht. Trotz der zwanzig und einiger Jahre, die Sie auf der Welt leben, kennen Sie die Welt so wenig, wie Sie die Musik kennen, die Sie neun Jahre lang geübt. Die Tatsachen, die Sie erfahren werden und die Ihr Leben lenken werden, werden Sie Welt, Menschen und gesellschaftliche Einrichtungen kennen lehren. Was mich anlangt, so will, kann und muß ich folgendes sagen: 'Nur diejenige Frau vermag nach unsern bestehenden gesellschaftlichen Einrichtungen einen ausreichenden und einträglichen Lebenserwerb zu finden, der ihr Dasein vor Not und Elend schützt, welche wirkliche und gründliche Kenntnisse in jeder wie immer gearteten Wissenschaft besitzt, oder über ein wirkliches und energisches Talent verfügt. Mit oberflächlichen Kenntnissen und mittelmäßiger Begabung erreicht man wenig, im besten Fall einen Wissen harten Brotes, den man mit Tränen besenkt und mit Demütigungen bezahlt. Einen Mittelweg gibt es nicht; die Frau muß nach irgendeiner Richtung ein Ganzes leisten, sich durch dieses Ganze Wert und Ansehen erringen. Wenige Stufen nur tiefer in ihrem Wissen und Können, und sie hat alles gegen sich, nichts für sich.' (Fortsetzung folgt.)

Das Ministerium Clémenceau befragt.

Paris, 15. Juni. (Deputiertenkammer.) Der frühere Kriegsminister Berleau brachte einen Antrag ein, durch welchen die Regierung aufgefordert wird, vor dem Senat die Vorlage der Eisenbahnreform...

SpB. Berlin, 15. Juni. (Eig. Drahtber. d. "Volksstimme.") Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags beschloß heute, eine Interpellation über die steigenden Preise für Brotgetreide und Futtermittel im Reichstag einzubringen.

Berlin, 15. Juni. Die neuen Ersatzsteuern der Regierung sollen im ganzen 140 Millionen Mark abwerfen. Nämlich 55 die Erbschaftsteuer, 35 Mill. die Feuerversicherungssteuern...

SpB. Berlin, 15. Juni. (Eig. Drahtber. d. "Volksst.") Der Bezirksausschuß hat die Wahl des Abgeordneten Mugdan zum Stadtdirektor für Berlin für ungültig erklärt.

SpB. Kiel, 15. Juni. An den gestrigen Kundgebungen nahmen 8000 Personen teil. Die Polizei ließ wieder mit blauer Waffe drein. Zwei Beamte des Gemeindeführer-Verbandes versuchten beim Oberbürgermeister zu vermitteln.

Kiel, 15. Juni. Von der Arbeiterschaft Kiels wurden gestern Abend drei Versammlungen abgehalten, in denen der Streik der Arbeiter der städtischen Reinigungsanstalten behandelt und den Streikenden die Sympathie der Anwesenden ausgesprochen wurde.

Karlsbad (Böhmen), 15. Juni. In Altröhlau fanden in einer Versammlung blutige Zusammenstöße zwischen Sozialdemokraten und Deutsch-Nationalen statt.

Köln, 15. Juni. Die Ärzte des Regierungs-Verkehrsbüros sind der Meinung, daß die Anwesenheit der Kaiserin in der Gegend von Köln die Bevölkerung gefährden würde.

Br. Eriev, 15. Juni. Der Vorprozess gegen den Kesselfabrikanten Dreuer wird am 5. Juli vor dem hiesigen Schwurgericht von neuem verhandelt werden.

Br. Mainz, 15. Juni. Der 58jährige Schneider Anton Kraus aus Gadsheim in Thüringen, der am 1. April d. J. seine Frau, die 61jährige Witwe Fischer, erschlug und die Leiche zerstückelte und verbrannt hatte, wurde vom Schwurgericht wegen Totschlags zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Br. Genua, 15. Juni. Der wegen Ermordung des Gendarmen-Wachmeisters Schent am Fildes zum Tode verurteilte Stellmacher Bignone wurde heute morgen durch den Scharfrichter Grappler aus Magdeburg hingerichtet.

Br. London, 15. Juni. Die Regierung beschloß, den Polizisten einen wöchentlichen Ruhestag zu gewähren. Infolgedessen muß die Zahl der Londoner Polizisten von 1500 auf 2000 erhöht werden.

Br. Paris, 15. Juni. Der hiesige Gemeinderat bewilligte 10 000 Francs für die Opfer der Erdbebekatastrophe in Südfrankreich.

Br. Wien, 15. Juni. Der Wettersturz hat ungeschwächt an. Der Sturm hat sich zwar etwas gelegt, dafür regnet es aber seit gestern Abend ununterbrochen.

Br. Rio de Janeiro, 15. Juni. Das Ministerium und der Chef der Polizei haben ihre Entlassung eingereicht. Auf Wunsch des neuen Präsidenten Dr. Nilo Peçanha werden sie noch einige Tage im Amte bleiben.

Rosantoniopel, 15. Juni. In der letzten Parlaments-sitzung kam es zu sehr tumultuösen Szenen. Der Abgeordnete Nuphah hatte die Einführung der europäischen Stundenrechnung beantragt.

Briefkasten. Allen: Nein, nur Drucker.

Wettervorhersage. Mittwoch, 16. Juni: Günstig, leicht, Regen, leichtes Gewitter.

In einer Versammlung des Allgemeinen Hausbesitzervereins, die dieser Tage unter dem Vorsitz des Baumeisters Böcher stattfand, sprach unter anderem auch der Bädermeister Pechner über die Gefahren, die den Hausbesitzern und den Bädern durch die neue Bäderverordnung drohen.

Zur Tarifbewegung der Klempner. Die Magdeburger Klempner-Zunft hat unter dem 6. Juni an den Gesellenausschuß eine Zuschrift gerichtet, in welcher sie erklärt, daß die dem letzten Versammlungsberechtigten hervorgegangenen Abänderungsvorschläge für die Zunftversammlung Gegenstand eingehender Beratung gewesen seien.

Ein Rohheitsakt. Der Monteur Friedrich Siebert in Sudenburg, Halberstädter Straße 117 wohnhaft, befand sich am Montag nachmittag in Magdeburg am Brücktor in einem Restaurant.

Unfälle. Die Witwe Johanne Nuhmann, Leipziger Straße 10 wohnhaft, fiel am Montag nachmittag in der Halberstädter Straße am Justizpalast beim Überqueren der Eisenbahngleise zur Erde.

Von der Treppe gefallen. Die Verkäuferin Gertrud Stieger fiel am Dienstag vormittag im Geschäft von Sperling u. Ko. in der Kaiserstraße von einer Treppe und zog sich dabei einen Schlüsselbeinbruch zu.

Abgestürzt. Der Klempner Herbert Busch, Molkenstraße 36 wohnhaft, stürzte am Dienstag gegen Mittag auf einem Neubau in der Oststraße etwa 8 Meter hoch herab und zog sich innere Verletzungen zu.

Ein merkwürdiger Unfall, bei dem ein Pferd das Leben lassen mußte, ereignete sich am Dienstag vormittag auf der Magistrate vor dem Kohlenstülp der Firma Schulze u. Ko. Von einem dort neben den Gleisen haltenden Fuhrwerk aus stürzte ein Pferd, in dem Augenblick, als eine kleine Rangiermaschine vorüberfuhr, mit beiden Hinterfüßen in das Gefährte der Maschine.

Einem Betrüger ist am Montag ein Schiffer aus Neu-Dorben hier in die Hände gefallen. Es kam zu ihm auf seinen hier vor Anker liegenden Kahn ein junger Mann und fragte nach einem dem Schiffer bekannten Steuermann.

Gestohlen wurde am 13. d. M., vormittags, aus einem Grundstück am Edithpark ein alteses Fahrrad „Wilder“ mit schwarzem Rahmen, ebenfalls gelben und schwarz lackierter etwas nach oben gebogener Lenkstange.

Festgenommen wurde der Bauarbeiter Ernst H. von hier wegen Diebstahls. Er ist gestern vormittag in mehreren Wohnungen in der Pfälzstraße gewesen und suchte angeblich ein möbliertes Zimmer zu mieten. Dies schien jedoch nur ein Vorwand zu sein, um Einlaß in die Wohnungen zu erhalten, denn er hat nirgendwo gemietet, wohl aber ist es ihm gelungen, aus einer Wohnung eine goldene Damenuhr mit langer Kette und aus einer anderen eine silberne Herrenuhr zu stehlen.

Ein Feuerbrand, der sich schon seit längerer Zeit bemerkbar gemacht hatte, kam in der Nacht zum Dienstag im Hintergebäude des Grundstücks Friesenstraße 56 zum Durchbruch. Kurze Zeit, nachdem die um 12.44 Uhr durch den Feuermeister alarmierte Feuerwehr ankam, rückte der im ersten Obergeschoß stehende Küchenherd, durch dessen mangelhafte Isolierung der Brand entstanden war, in das Erdgeschoß hinunter.

Konzerte, Theater, Sport etc.

Victoria-Theater. Aus dem Bureau des Victoria-Theaters wird uns geschrieben: Am Donnerstag beginnt Herr Dr. Heinz Seeger sein auf mehrere Abende berechnetes Gastspiel in der Rolle des Jobst von Reutlingen in dem Hofler-Trochajen Lustspiel „Der wilde Reutlingen“.

Allgemeine Ortskrankenkasse.

Die eingekammerten Zahlen beziehen sich auf den 5. Juni.

Begründung eines Genossen hingewiesen und auch ihrerseits zum Austritt aus der Landeskirche aufgefordert. Unter Punkt „Berichtigung“ macht Genosse Bette auf die Haltung der Regierung betreffs der Finanzreform und ihre Folgen aufmerksam, die Genossen aufhorchend, in jeder Beziehung für die Bewirkung unserer Ziele einzutreten.

Stenerzahler! Es sei an dieser Stelle nochmals auf die Bergkündigung des Gesetzes vom 26. Mai 1909 hingewiesen, welches allen Steuerzahlern gestattet, auf Grund der Kinderzahl Ermäßigung des Steuerfußes zu beantragen.

Kanalisationen und Pflasterungen. Der Magistrat hält es für wünschenswert, auch den noch unbefestigten nördlichen Teil der Mittelstraße bis zur Steinlöhnenstraße auszubauen.

Prüfungen der städtischen Bureau- und Kassenbeamten. Zur Erzielung eines besser vorgebildeten Nachwuchses für den städtischen Bureau- und Kassendienst hat der Magistrat beschlossen, die Beförderung der wichtigeren Stellen von der Ablegung von Prüfungen abhängig zu machen.

Mehr Offiziere im Gemeinbedienst. Unter Militarismus weiß nicht mehr, wozu mit der großen Zahl verabschiedeter Offiziere. Täglich werden neue Vorschläge in den bürgerlichen Zeitungen gemacht, diesem „Mißstand“ abzuhelfen und „berühmten“ Herren, die aus allerlei Gründen von dem Staatsdienst „befreit“ werden mußten, auch ein „Ruhegeheimnis“ unterkommen zu lassen.

Herr Kobelt und die neue Bäderverordnung. Es gibt so leicht kein Gewerbe, dessen Vertreter sich so beharrlich gegen den allgemeinen Fortschritt hüten, wie das Bädergewerbe.

Einige weitere Nachrichten aus der Provinz, darunter Berichte über lokale Ereignisse und öffentliche Angelegenheiten.

Einige weitere Nachrichten aus der Provinz, darunter Berichte über lokale Ereignisse und öffentliche Angelegenheiten.

Einige weitere Nachrichten aus der Provinz, darunter Berichte über lokale Ereignisse und öffentliche Angelegenheiten.

Einige weitere Nachrichten aus der Provinz, darunter Berichte über lokale Ereignisse und öffentliche Angelegenheiten.

Einige weitere Nachrichten aus der Provinz, darunter Berichte über lokale Ereignisse und öffentliche Angelegenheiten.

Einige weitere Nachrichten aus der Provinz, darunter Berichte über lokale Ereignisse und öffentliche Angelegenheiten.

Einige weitere Nachrichten aus der Provinz, darunter Berichte über lokale Ereignisse und öffentliche Angelegenheiten.

Einige weitere Nachrichten aus der Provinz, darunter Berichte über lokale Ereignisse und öffentliche Angelegenheiten.

Einige weitere Nachrichten aus der Provinz, darunter Berichte über lokale Ereignisse und öffentliche Angelegenheiten.

Einige weitere Nachrichten aus der Provinz, darunter Berichte über lokale Ereignisse und öffentliche Angelegenheiten.

Einige weitere Nachrichten aus der Provinz, darunter Berichte über lokale Ereignisse und öffentliche Angelegenheiten.

Enorm billige Kurzwaren

Soweit Vorrat — Nur Einzelverkauf

Nähseide Kreuzwidel, 30-Meter-Rolle jetzt 2 Rollen **1 Pf.**

Samtrockstoff schön geschnitten, ca. 6 Meter breit, jetzt Meter **20 Pf.**

Schweißblätter Tritot, gezakt, jetzt Paar **3 Pf.**

Zaillenverschlüsse

„Else“ jetzt Paar **1 Pf.**
„Imperial“ Fischbeinlage, jetzt Paar **9 Pf.**

Maschinengarne

Ackermann Obergarn, 1000-Yard-Rolle . . . **20 Pf.**

Ackermann Untergarn, 1000-Yard-Rolle . . . **10 Pf.**

Ackermann 200-Yard-Rolle . . . **3 Pf.**

Ackermann 80-Yard-Rolle . . . **1 Pf.**

Ackermann couleur, 200-Yard-Rolle . . . **3 Pf.**

Krügenstützenstäbe

doppelt, 5, 6, 7, 8 cm hoch jetzt Dutzend **2 Pf.**

Druckknöpfe

garantiert rostfrei. jetzt Dutzend **4 Pf.**

Haken und Augen

schwarz jetzt Paket **1 Pf.**

verfilbert jetzt Paket **4 Pf.**

Fischbein blond

16	18	20	22	24	26	28 cm
4	6	8	9	10	13	16

Pf. pro Dutzend

Gebr. Barasch

Trauerhüte

5138 grosse Auswahl in allen Preislagen.

Bazar-Magdeburg

Jacob- u. Peterstr. - Ecke Sbg., Halberstädter Str. 119
Budau, Thiemstr. 1
Neustadt, Lübecker Straße
Wilhelmstr., Gr. Döbberstr. 29
Gr. Ottersleben, Breite Str. 5.

Küchenschrank 15 Mk., Kommode 8 Mk., Tisch 5 Mk., Plüschsofa 25 Mk., Kleiderschrank 15 Mk., Garderobenschrank 25 Mk. 5338
Heier, Döbberstr. 21.

Millionenfach erprobt

Gemahlene Sparsaife

Salomba

mit Terpentinsäure und Benzolzusatz
Riesige Waschkraft
Schnee-Weisse Wäsche
Chlorfrei, Garantiert unbeschädigt
Unübertroffen 1 Pfund nur 25 Pf.

Burg. Meine Besohlenstätt

bringe i. emp. Grinner. Bearbeite u r gute

Geder. A. Puhlmann, Unterm Hagen 51

Singer-Nähmaschine, tadellos

nähend, i. 12 Mk. z. verkauf. Gcke

Solbschmiedebrücke 5, vorn 12 r.

Damen

nhr mit Kette 10 12 18 Mk.

Dreieckelstraße 10, pt. 5152

Plüschsofa 35 Mk., Kleiderschrank, Bertico

Beinhorn, 2415

Selmstedter Straße 21, I.

Jeden Mittwoch 5140

frische Würst!

A. Weber Nachf.

R. Dedlow, Schneefit. 9.

4546

Dixin

Verbessertes in Gebrauch billigstes Seifenpulver.

Endeichert beständig das Waschen und ist ohne Zusatz von Seife und Soda zu gebrauchen. Ueberall erhältlich. Paket 25 Pfg. Alleinige Fabrikanten: Henkel & Co., Düsseldorf.

5116

Kleiderstoffe, Kostümmstoffe, Woll- und Baumwoll-Nusselne, Weibwaren, solange der Vorrat reicht, außerst billig wegen Geschäftsausschluss. **August-Adolf-Str. 29, pt.** Eingang im Haus für links.

Otto Lehmann Halberstädter Str. 112

Spezialgeschäft für Wäsche empfiehlt doppelt gereinigte Bettfedern und Dannen sowie fertige Ketten

Bettfedern-Reinigungsanstalt. **Schulartitel** empfiehlt die Buchhandlg. Volksstimme

Wie neu

Fahrrad mit Torp.-Freilauf zu vert. Annastr. 22, vorn 2 r. I. R. Dedlow, Schneefit. 9.

Wer neue Kräfte braucht

trinke das altberühmte Köstritzer Schwarzbier. Es ist ärztlich anerkannt als ausgezeichnetes Nahrungs- und Genussmittel, das dem Körper neue Kräfte zugeführt und Abgearbeiteten, Kranken, Schwachen, Wöchnerinnen, stillenden Müttern und Genesenden ausgezeichnete Dienste tut. Krankenkassen verwenden es an Stelle von Milch. Seine Billigkeit und sein geringer Alkoholgehalt machen es zum unentbehrlichen Hausrunk. Beim Einkauf Vorsicht! Es gibt geringwertige Nachahmungen. **Echt** nur mit Brauerei-Etikette. — Generalvertreter für Regierungsbezirk Magdeburg: Mahlow & Bichtemann, Telephon 3060. Ausschank: „Triumph-Automat“, Ulrichstrasse. Verkaufsstellen durch Plakat kenntlich.

Billig! Schuhwaren

Schmidtstr. 44 Herren-, Damen-, Kinderschuhe u. -stiefel in Chevreau, Box calf und andern Sorten Leder, Plüschsocken und -pantoffeln, auch aus Konkursmassen stammende Waren billig nur **44 Schmidtstrasse 44**

Kaufe fortwährend Kanarienvogel

für alte bezahlte à 3.50 b. 10 Mk., junge à 2.50 Mk., Weibchen à 50—60 Pf. **J. Tischler, Annastraße 25.**

Neues Fahrrad, mit Freilauf und Hinterradbremse, leichter Gang, spottbillig verfertigt. 5069 **Solbschmiedebrücke 5, I. Goeke.**



Elfenbein-Seife

Reife „Elefant“ von **Günther & Haussner** Chemnitz-Kappel. In fast allen Material-, Drogen- und Seifen-Geschäften zu haben.

Wenig gebrauchte Nähmaschinen zum Preise von 25—60 Mk. **Neue Nähmaschinen** aller Systeme unter Garantie in billigster Preislage. **A. Rose, Breiteweg 264** (Scharnhorstplatz). **Alttestes** seit 1865 bestes Geschäft dies. Branche. Gewissenhafte Ausführung von Nähmaschinen-Reparaturen aller Art zu billigsten Preisen. 5127

Alle Schuhwaren

kaufen Sie billig in jeder Preislage **Hindleder-Knaben-Stiefel Nr. 31—35 3.50 Mk.**

J. Aderholz, Schuhgeschäft, Kaiserstr. 101

In der ganzen Welt verbreitet und beliebt als bestes Metallputzmittel ist

Sidol

Trotz grosser Konkurrenz steigt der Umsatz permanent enorm und steht nach wie vor unerreicht da; bester Beweis, dass „Sidol“ allen andern Putzmitteln vorgezogen wird. 5299

Flasche à 10 Pf., à 15 Pf., à 30 Pf., à 50 Pf., à 100 Pf.

Alleinige Fabrikanten: Siegel & Co., Köln. Filialfabriken in: Berlin, Wien, Mailand, Paris, Brüssel, London.

Generalvertrieb:

Raschke & Giesemann, Magdeburg, Kaiserstr. 75.

Fernruf 4517.

Leih-Haus

König Michaels **Apfelstraße 16, I.** (Eogr. 1887) 5129 **Höchst-Belehnung** jeder Wertsache. Strengste Verschwiegenheit.

G. Gehse

Johannisfahrtstr. 14 neb. d. Wilhelm-Theater

Neustadt Lübecker Str. 14

Fermersleben 5170

Knaben-Anzüge

Auswahl nach Tausenden **Musenfassons, Joppenfassons**

Schul-Anzüge Manchester-Samte in 52 Farben